

Bundeskanzleramt
Herrn Bundeskanzler
Friedrich Merz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

**Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.**

Rüdiger Schuch
Präsident

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin


www.diakonie.de

Nutzung des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität für die Förderung von Klimaschutz und -anpassung in der Freien Wohlfahrtspflege

Deutscher Caritasverband e. V.

Eva Maria Welskop-Deffaa
Präsidentin

Reinhardtstraße 13
10117 Berlin
Klara-Ullrich-Haus

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

mit ihren rund 2 Millionen Beschäftigten sowie 3 Millionen Ehrenamtlichen ist die Freie Wohlfahrtspflege eine wesentliche Stütze der sozialen Infrastruktur und auch ein wichtiger Wirtschaftsakteur. Sie versorgt in ihren mehr als 125.000 Einrichtungen und deren circa 4,3 Mio. Betten bzw. Betreuungsplätzen Menschen in Krankheit und Not.

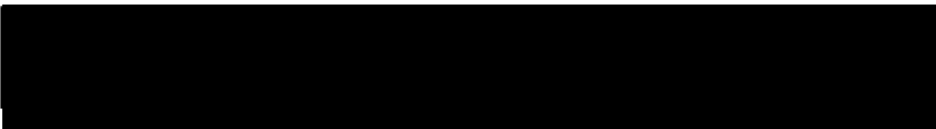
Gleichzeitig ist die Freie Wohlfahrtspflege auch ein bedeutsamer Klimaschutzakteur. Der großen Zahl von Einrichtungen und Betten bzw. Plätzen entspricht ein Bestand von über 100.000 Gebäuden. Dieser Gebäude-Bestand ist ein wirkmächtiger Klimaschutz-Hebel. Zum Vergleich: Das Öko-Institut hat bezogen auf das Jahr 2023 allein für den Bereich Gesundheit und Pflege einen CO₂-Ausstoß von 4 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente errechnet. Demgegenüber beläuft sich der CO₂-Ausstoß der inländischen Luftfahrt auf knapp ein Viertel dieses Betrages. Investitionen in diesem Bereich tragen damit unmittelbar und nachhaltig zur Erreichung der nationalen Klimaziele gem. § 3 Klimaschutzgesetz (KlimaSchG) bei. Die mit diesen Investitionen erreichte bessere Isolierung von Fassaden und Dächern ist nicht nur im Hinblick auf die Klimabilanz, sondern auch auf den Gesundheitsschutz sowohl unserer Klienten und Klientinnen als auch der Beschäftigten wirksam. Insbesondere Hitzewellen bedrohen die vulnerablen Menschen und belasten die in den Einrichtungen Tätigen. Für alle diese Menschen bewirken die dringend notwendigen Sanierungen eine spürbare Verbesserung.

Investitionen in Gebäudesanierungen fördern nicht nur die Begünstigten aus dem Förderprogramm, sondern befähigen diese dazu, mit Aufträgen insbesondere die mittelständische Bau- und Handwerksbranche gerade auch im ländlichen Raum zu stärken. Schließlich tragen diese Investitionen zur Entwicklung, Skalierung und dadurch Kostenreduktion von klimafreundlichen Bautechnologien, sowie zur Senkung der Energiekosten und damit zur langfristigen Kostenreduktion der Sozialsysteme bei.

Um diese Sanierungen in Gang setzen und die damit verbundenen positiven Effekte für das Gemeinwesen erzielen zu können, setzen wir uns als Diakonie und Caritas gemeinsam mit den anderen Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege dafür ein, im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität ein eigenständiges Förderprogramm für Klimaanpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen zur energetischen Sanierung von Sozialimmobilien der Freien Wohlfahrtspflege zu schaffen. Das Volumen des neuen Förderprogramms sollte insgesamt 10 Mrd. Euro betragen und in Tranchen ab 2027 über das Sondervermögen in den Bundeshaushalt eingestellt werden. Bestehende Förderprogramme wie vor allem die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) sind für die gemeinnützigen sozialen Einrichtungen wegen der hohen Eigenmittelanforderungen kaum zugänglich. Denn infolge ihrer finanziellen Rahmenbedingungen und der Restriktionen des Gemeinnützigkeitsrechts können sie nicht ausreichend Rücklagen bilden, um diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Es gibt in der Bundesregierung nach unserem Eindruck bereits viel Unterstützung für dieses wichtige Vorhaben. Allerdings ist es bislang nicht gelungen, die Finanzierung im Eckwertverfahren anzumelden. Es besteht nunmehr noch die Möglichkeit, dass der Investitionsbedarf der Freien Wohlfahrtspflege im Rahmen der Planungen für den Klimatransformationsfonds (KTF) seitens eines Ministeriums angemeldet wird. Wir bitten Sie herzlich, sich dafür einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen


Rüdiger Schuch
Präsident

Eva Welskop-Deffaa
Präsidentin

Anlage: Forderungspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege